

tisch einstimmig vorgenommen. Ich bitte Sie, ebenfalls so zu entscheiden.

Angenommen – Adopté

Art. 21, 22a, 22b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 22c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Thanei

A1. 1

.... wenn sie für einen gleichwertigen Schutz der übermittelten Daten Gewähr bieten.

Art. 22c

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Thanei

A1. 1

.... à condition qu'elles garantissent une protection équivalente des données transmises.

Abs. 1 – A1. 1

Präsidentin: Frau Thanei hat ihre Anträge bereits im Zusammenhang mit Artikel 93 des Asylgesetzes begründet. Der Bundesrat stimmt dem Antrag Thanei zu. – Ein anderer Antrag ist nicht gestellt.

Angenommen gemäss Antrag Thanei
Adopté selon la proposition Thanei

Abs. 2, 3 – A1. 2, 3

Angenommen – Adopté

Art. 22d

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 22e

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Thanei

Abs. 1

.... folgenden Behörden durch ein Abrufverfahren direkt zugänglich machen, soweit dies für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben unerlässlich ist:

....

h. nach dem Bundesstatistikgesetz vom 9. Oktober 1992. Die Daten dürfen jedoch nur in anonymisierter Form bekanntgegeben werden;

....

Art. 22e

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Thanei

A1. 1

.... central des étrangers, pour autant que cela soit indispensable à l'accomplissement de leurs tâches légales:

....

h. loi du 9 octobre 1992 sur la statistique fédérale. Ces données ne doivent cependant être transmises que sous forme anonyme;

....

Abs. 1 – A1. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

78 Stimmen

Für den Antrag Thanei

49 Stimmen

Abs. 2, 3 – A1. 2, 3

Angenommen – Adopté

Art. 22f; 22g; Gliederungstitel vor Art. 23; Art. 24a; Gliederungstitel vor Art. 25

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 22f; 22g; titre précédent l'art. 23; art. 24a; titre précédent l'art. 25

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 25 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Ledigerber

....

k. (neu) falls die Arbeitslosigkeit in der Schweiz 3 Prozent übersteigt, dürfen keine neuen Saisonkontingente erteilt werden.

Art. 25 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Ledigerber

....

k. (nouvelle) si le taux de chômage en Suisse dépasse 3 pour cent, il ne peut être accordé de nouveaux contingents de saisonniers.

Ledigerber Elmar (S, ZH): Mein Antrag hat nichts mit der Revision des Asylgesetzes zu tun, aber er hat etwas mit dem Anag zu tun. Statt dass ich eine parlamentarische Initiative einreiche und den ganzen parlamentarischen Apparat in Bewegung setze, können wir das hier im gleichen Aufwasch erledigen.

Worum geht es? Das Saisonierstatut war eigentlich immer falsch. Es ist unsozial, es ist in vielen Punkten menschenunwürdig, es ist aber auch mit gewaltigen volkswirtschaftlichen Schäden in der Schweiz verbunden. Es hat den Strukturwandel über Jahrzehnte verhindert oder verlangsamt und gerade in jenen Branchen mit schlechter Wertschöpfung und schlechten Strukturen die Anpassung verhindert.

Nun haben sich aber in den letzten Jahren noch zusätzliche Probleme ergeben, die man eigentlich als skandalös bezeichnen muss. In den vergangenen Jahren kam es oft vor, dass Saisoniers – die, wenn sie nach vier Jahren die Bewilligung für den Jahresaufenthalt bekamen, von den Fesseln des Status befreit, mit den Löhnen natürlich nicht mehr ganz zufrieden waren – auf die Strasse gestellt wurden und dass die vorherigen Arbeitgeber in Bern wieder für neue Kontingente anstanden. Nicht selten sind jene, die die Niederlassung bekommen haben, vom Arbeitsmarkt nicht mehr aufgenommen worden und sind deshalb heute in der Schweiz arbeitslos. Dieser Prozess hat eine verhängnisvolle menschliche und volkswirtschaftliche Dynamik.

Man kann allmählich auch feststellen, dass die Vorbehalte gegenüber dem Saisonierstatut nicht nur bei unserer Frak-



tion angesiedelt sind, sondern dass sich hier allmählich eine breite Zustimmung abzeichnet, dass man etwas ändern muss.

Wir sind aber zurzeit gebunden. Wir verhandeln mit der EU nach wie vor über den freien Personenverkehr. Das Saisonierstatut ist in diesem Zusammenhang eine Trumpfkarte in den Händen des Bundesrates. Wir können es also im Moment nicht aufheben.

Wir können aber, wie ich es beantrage, eine Bestimmung ins Anag einfügen, wonach zu Zeiten grösserer Arbeitslosigkeit – wenn die Arbeitslosigkeit über 3 Prozent liegt – keine neuen zusätzlichen Saisonierkontingente erteilt werden dürfen. Die Meinung ist dabei die, dass Personen – Männer und Frauen –, die bereits Saisonierbewilligungen haben, nach wie vor eine solche Bewilligung bekommen können, dass aber in dieser Zeit keine neuen Bewilligungen erteilt werden dürfen.

Wir erweisen damit verschiedenen Gruppierungen eher eine Wohltat. Wir geben zudem dem Bundesrat auch in dieser Frage eine zusätzliche Möglichkeit, in den Verhandlungen mit der EU etwas anzubieten. Es ist durchaus nicht so, wie ich im Vorfeld jetzt gehört habe, dass wir damit die Verhandlungen zum freien Personenverkehr torpedieren, denn wir haben hier noch keinen Vertrag. Wenn wir jetzt eine solche Regelung einführen würden, könnte sie in der Schweiz zu einer gewissen Entlastung führen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass heute rund 25 000 Arbeitslose allein aus dem Tourismus- und dem Gastgewerbe-sektor deklariert sind und dass wir in der Schweiz im Baugewerbe ungefähr gleich viele Arbeitslose haben. Allein aus diesen beiden Kategorien stammt rund ein Viertel sämtlicher Arbeitslosen in der Schweiz! Da ist es eine Frage der politischen, der sozialen und der volkswirtschaftlichen Vernunft, dass wir in diesen Branchen nicht zusätzliche neue Saisonierkontingente beschliessen, sondern zuerst jenen Leuten, die bei uns sind, eine Beschäftigung anbieten, soweit dies möglich ist.

Ich wiederhole noch einmal: Es ist mir klar, dass diese Regelung fallen wird, wenn mit Bezug auf den freien Personenverkehr ein bilaterales Abkommen mit der EU abgeschlossen wird. Bis es aber soweit ist, ist das ein klarer Hinweis, ist das eine Möglichkeit. Wir können sie regulieren, wir können diese Entscheidung so treffen. Sie ist eigentlich für alle Beteiligten nur von Vorteil.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Engler Rolf (C, AI): Der Antrag Ledergerber entspricht zweifellos einem grundsätzlichen Wunsch fast sämtlicher Parteien. Die Frage ist für mich eine etwas andere. Als es um die Verlängerung der einzelnen Bewilligungen des Saisonierstatutes ging, hörten wir aus gewerkschaftlichen Kreisen und aus dem Bereich des Tourismus einen Aufschrei. Dieser Aufschrei kam deshalb, weil wir gerade aus den typischen Regionen, aus welchen Saisoniers kamen – Jugoslawien –, keine Saisoniers mehr zulassen wollten. Das war der Grund.

Heute hat das Saisonierstatut eine entscheidende Wirkung, nämlich gegenüber der EU. In diesem Punkt sind unsere bilateralen Verhandlungen sehr sensibel. Eine Beschränkung, wie sie Herr Ledergerber möchte, ist an sich so etwas wie ein Votum gegen die bilateralen Verhandlungen im Bereich der Personenfreizügigkeit. Ich bin deshalb der Meinung, wir sollten uns diese Frage doch etwas exakter überlegen, als jetzt mit einem «Kurzschuss» ein Problem zu lösen, das gar keines mehr ist, weil die entscheidenden Zahlen – die Saisoniers, die aus Jugoslawien stammten – nicht mehr vorhanden sind.

Die Zahl der Saisonierbewilligungen für Europäer ist sehr gering. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir das Problem mit einer derartigen Regelung nicht lösen. Wir müssen uns überlegen, ob wir im Rahmen der Personenfreizügigkeit nicht ein Kurzaufenthalterstatut haben möchten, das dann auch taugt. Dass das Saisonierstatut nicht taugt, wissen wir, und dass es auch zu Zwängen führt, die nicht vernünftig sind, wissen wir ebenfalls. Es ist uns auch bekannt, dass die wirt-

schaftlichen Folgen, u. a. auch die Auswirkungen auf die Sozialversicherungen, sehr schlecht sind. Mir scheint es doch falsch, praktisch ohne Beratung in der Kommission einem Antrag zuzustimmen, der nicht bedacht wurde und letztlich im Zusammenhang mit den bilateralen Verhandlungen nur Unruhe stiftet.

Ich möchte Sie deshalb bitten, den Antrag Ledergerber abzulehnen.

Leuba Jean-François (L, VD): Sur l'appréciation du statut de saisonnier, je pourrais assez facilement rejoindre M. Ledergerber. Ce statut a fait son temps, on doit aller vers son abrogation.

M. Ledergerber ne propose d'ailleurs pas son abrogation, il propose la limitation du nombre de saisonniers. Mais cette proposition se heurte à plusieurs difficultés.

1. Pour limiter de la manière dont le prévoit M. Ledergerber, le nombre de saisonniers, il faudrait se livrer à une étude pour savoir par quoi on remplace le statut de saisonnier. Il ne suffit pas de dire qu'il y a une masse de chômeurs en Suisse qui pourront prendre la place des saisonniers. C'est une vue de l'esprit que de croire une chose pareille, de croire que le marché du travail n'est qu'un simple réservoir, avec des vases communicants, et que s'il y a moins de travailleurs étrangers, il suffit de mettre des travailleurs suisses à leur place qui accompliront le même travail. Nous savons que ce n'est pas le cas. Il y a des secteurs où on manque de personnel et il y en a d'autres où il y a du chômage. Les individus ne sont pas absolument interchangeables dans le marché du travail.

2. Personnellement, je suis persuadé que le secteur du tourisme notamment, ainsi que d'autres secteurs pénibles où nous sommes heureux d'avoir des étrangers parce que les Suisses ne veulent plus occuper ces places, souffriraient considérablement si la proposition Ledergerber, qui n'a fait l'objet d'aucune étude, était acceptée.

3. Enfin et surtout, il faudrait réformer la loi sur l'assurance-chômage – et là M. Ledergerber sait parfaitement à quoi je fais allusion – si on voulait obtenir les résultats qu'il souhaite, c'est-à-dire le remplacement d'un certain nombre de travailleurs étrangers moins bien payés par un certain nombre de travailleurs suisses qui sont au chômage, et qui ont probablement avantage à toucher des indemnités de chômage plus élevées que ne le sont leurs salaires s'ils remplacent des travailleurs étrangers.

Je crois qu'il sera sans aucun doute possible au mois de septembre, en votant l'arrêté fédéral urgent sur l'assurance-chômage, de corriger et d'aller dans le sens souhaité par M. Ledergerber.

Heberlein Trix (R, ZH): Ich möchte Ihnen beantragen, den Antrag Ledergerber abzulehnen. Wir haben bereits im Rahmen eines Vorstosses von Frau Dormann Antworten zu diesem Problem erhalten. Wir haben, wie dies Herr Engler gesagt hat, in der jährlichen Diskussion um die Zulassung der neuen Saisonierkontingente darüber diskutiert. Wir dürfen auf diesem Weg keine Gesetzesbestimmung erlassen, die vielleicht Ihren momentanen Intentionen, Herr Ledergerber, entgegenkommt, die aber keineswegs dem entspricht, was auch Sie längerfristig mit Ihren parteipolitischen Zielen verfolgen, nämlich eine Integration und einen Abschluss der bilateralen Verhandlungen. Wenn wir jetzt in einem Gesetz ohne ordentliche Gesetzesberatung eine derart unflexible Lösung festsetzen, so müssen wir uns den Vorwurf gefallen lassen, punktuelle Gesetzgebung zu machen. Ich erachte dies als nicht sinnvoll und kontraproduktiv. Auch wenn in den letzten Jahren die Saisonierkontingente nicht mehr ausgenutzt worden sind, braucht es in einzelnen Bereichen eben trotzdem Bewilligungen, und wir müssen uns diese Flexibilität bewahren.

Bühlmann Cécile (G, LU): Ich werde diesem Antrag nicht zustimmen, obwohl ich seit Jahren eine Verfechterin der Abschaffung des Saisonierstatutes bin. Aber so vorzugehen und die Abschaffung des Saisonierstatutes gegen die Arbeitslosigkeit auszuspielen, betrachte ich als falschen Weg.

Wir sollten das Ganze in aller Ruhe diskutieren. Im Moment ist eine Expertenkommission an der Arbeit, die ein neues Migrationskonzept kreiert. Zudem stecken wir mitten in bilateralen Verhandlungen mit der EU, wo die Frage der Personenfreizügigkeit geregelt werden muss. Da wird das Saisonnerstatut ohnehin keine Zukunft haben. Der zur Diskussion stehende Antrag hat aber für mich den Ruch, dass Dinge gegeneinander ausgespielt werden sollen, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Ich bitte Sie, dem Antrag Ledergerber nicht zuzustimmen. Es geht um eine relativ grundsätzliche Frage, die man uns nicht einfach so auf den Tisch legen kann. Es wäre verfehlt, in einem Schnellverfahren einen Entscheid zu fällen, den wir nachher bereuen könnten.

Koller Arnold, Bundespräsident: Der Antrag Ledergerber hat an sich sicher einen guten Kern. Das will ich ohne weiteres zugestehen. Der Bundesrat hat denn auch in den letzten Jahren die Saisonnerkontingente ständig verringert. Im Jahre 1991 waren es noch über 160 000 Einheiten, jetzt sind es weniger als 100 000 Einheiten, die zudem nicht einmal voll genutzt werden.

Auf der anderen Seite aber kommt dieser Antrag europapolitisch im falschen Moment. Nachdem wir ja keine Personen aus Jugoslawien mehr rekrutieren – ich darf Sie immerhin daran erinnern, wieviel Hartnäckigkeit es für den Bundesrat gebraucht hat, keine Leute aus Jugoslawien mehr zu rekrutieren; wir wurden mit Begehrn förmlich bombardiert, aber der Bundesrat hat sie alle abgelehnt –, würde sich diese Massnahme, wie richtig gesagt worden ist, jetzt nur noch auf die EU auswirken. Das wäre im Rahmen der bilateralen Verhandlungen zurzeit sicher das falsche Signal.

Im übrigen darf ich Sie auch daran erinnern, dass ja der Vorrang der Inländer gegenüber allen Saisoniers gilt. Alle Arbeitgeber müssen zuerst Inländer anstellen, wenn Inländer vorhanden sind, bevor sie Saisoniers anstellen dürfen. Das ergibt sich aufgrund der Artikel 7 und 9 der sogenannten Begrenzungsverordnung.

Der entscheidende Grund ist aber schliesslich der, dass der Antrag Ledergerber zu rigide ist. Gewisse Branchen brauchen, wenn auch nur noch in ganz kleiner Zahl, die Möglichkeit der Neurekrutierung von gewissen Saisoniers. Insofern ist der gutgemeinte und an sich im Kern richtige Antrag insgesamt zu rigide.

Deshalb möchte ich Sie bitten, den Antrag Ledergerber abzulehnen.

Namentliche Abstimmung

Vote nominatif

(Ref. 0858)

Für den Antrag der Kommission stimmen:

Votent pour la proposition de la commission:

Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumberger, Béguelin, Bezzola, Binder, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bührer, Carobbio, Cavadini Adriano, Cavalli, Christen, Columberg, Comby, de Dardel, Deiss, Dettling, Ducrot, Dünki, Durrer, Eberhard, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Claude, Fritschi, Gadient, Goll, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Hämmerle, Hasler Ernst, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Jaquet, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leu, Leuba, Lötscher, Maitre, Maurer, Maury Pasquier, Moser, Mühlmann, Müller Erich, Nebiker, Oehrli, Pidoux, Pini, Ragenbass, Ratti, Rechsteiner Paul, Roth, Ruckstuhl, Ruffy, Sandoz Marcel, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer, Schlüter, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Simon, Speck, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Straumann, Stucky, Teuscher, Thanei, Theiler, Tschopp, Tschuppert, Vetterli, Vogel, Vollmer, von Felten, Waber, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zapfl (114)

Für den Antrag Ledergerber stimmen:

Votent pour la proposition Ledergerber:

Aguet, Baumann Stephanie, Berberat, Bircher, Chiffelle, Dörmann, Egerszegi, Fässler, Gross Jost, Günter, Jans, Jütz, Ledergerber, Leemann, Leuenberger, Meier Hans, Ostermann, Pelli, Randegger, Rechsteiner Rudolf, Semandi, Strahm, Thür, Weber Agnes, Zwygart (25)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Aeppli, Bäumlin, Burgener, Caccia, Grendelmeier, Haering, Binder, Hafner Ursula, Herczog, Hubmann, Marti Werner, Stamm Luzi, Stump (12)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Alder, Aregger, Banga, Blaser, Blocher, Borel, Couchebin, David, Diener, Dreher, Dupraz, Eggly, Eymann, Fasel, Föhn, Freund, Frey Walter, Friderici, Giezendanner, Gonseth, Grobet, Guisan, Hochreutener, Imhof, Jeanprêtre, Keller, Loeb, Loretan Otto, Maspali, Meier Samuel, Meyer Theo, Müller-Hemmi, Nabholz, Philipona, Rennwald, Ruf, Rychen, Sandoz Suzette, Schmid Odilo, Spielmann, Suter, Tschäppät, Vallender, Vermot, von Allmen, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler (48)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Stamm Judith (1)

Art. 25a

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

.... für die soziale Integration von Ausländern

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Fischer-Hägglingen, Fehr Hans, Fritschi, Leuba, Nebiker, Schmid Samuel, Stamm Luzi, Steinemann)
Streichen

Art. 25a

Proposition de la commission

Majorité

AI. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

AI. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Fischer-Hägglingen, Fehr Hans, Fritschi, Leuba, Nebiker, Schmid Samuel, Stamm Luzi, Steinemann)

Biffer

Fischer-Hägglingen Theo (V, AG), Sprecher der Minderheit: Wir beantragen Ihnen, diesen Artikel zu streichen. Dabei geht es uns vor allem um finanzpolitische Überlegungen und um die Frage der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

Ich glaube: Es ist unbestritten, dass die Integrationsbestrebungen vor allem bezüglich der zweiten Generation der Ausländer in den Gemeinden und Kantonen zu fördern sind. Es stellt sich aber die Frage, wer solche Integrationsprojekte zu fördern, insbesondere aufzustellen und am Schluss auch zu bezahlen hat. Die Frage lautet also nicht: Integration, ja oder nein? Die Frage lautet: Zahlt es der Bund oder zahlen es die Kantone? Heute sind die Kantone zuständig. Mit der Verankerung dieses Artikels würden wir eine neue Bundesaufgabe schaffen.

Wir sind gegenwärtig daran, die Aufgaben von Bund und Kantonen zu entflechten. Es sind verschiedene Vorlagen in der Pipeline; die einen sind in der Vernehmlassung, die anderen bereits in der Ausarbeitung. Diese Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen ist eine sehr wichtige Aufgabe. Sie wird längerfristig auch finanzielle Auswirkungen haben.



Asylgesetz und Anag. Änderung

Loi sur l'asile et LSEE. Modification

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1997
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.088
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.06.1997 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1245-1282
Page	
Pagina	
Ref. No	20 042 253